

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.11.2022

Inhalt

EWN

1 EWN forscht zu längerer Atommüll-Lagerung <i>Welt.de, 11.11.2022</i>	3
2 Ministerium: Suche nach Atommüll-Endlager dauert länger als bis 2031 <i>Handelsblatt.com, 10.11.2022</i>	5
3 Suche nach Endlager für Atommüll dauert länger als geplant <i>Spiegel.de, 10.11.2022</i>	6
4 EWN forscht zu längerer Atommüll-Lagerung <i>sueddeutsche.de, 11.11.2022</i>	7
5 Suche nach Atommüll-Endlager dauert länger <i>tagesschau.de, 11.11.2022</i>	9
6 Erster Grünen-Abgeordneter lehnt Atomgesetz-Änderung ab <i>SPIEGEL+, 10.11.2022</i>	10
7 Schweden: Uniper wird keine neuen Atomkraftwerke bauen <i>Ostsee-Zeitung.de, 10.11.2022</i>	11
8 Digitales Jobportal: Firmen können Ex-Nordwestmecklenburger zurück in die Heimat locken <i>Ostsee-Zeitung.de, 10.11.2022</i>	12

 Welt.de | 11.11.2022 WEBLINK

EWN forscht zu längerer Atommüll-Lagerung

Für das Atommüll-Zwischenlager in Lubmin steht ein Jubiläum an. Eine kürzlich bestätigte Verzögerung bei der Suche nach einem Endlager könnte auch für den Standort in Vorpommern Konsequenzen haben.

Der Betreiber des Zwischenlagers für radioaktiven Abfall in Lubmin befasst sich mit einer möglichen verlängerten Zwischenlagerung. Man stelle sich offen der Diskussion und beteilige sich auch an entsprechender Forschung, teilte Kurt Radloff mit, Sprecher der Entsorgungswerke für Nuklearanlagen GmbH (**EWN**). «Entsprechende Forschungsarbeiten laufen bereits, die Ergebnisse liegen aber noch nicht valide vor.»

Am Donnerstag bestätigte das Bundesumweltministerium, dass sich die Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven deutschen Atommüll über das angestrebte Datum 2031 hinaus verzögern wird. Ursprünglich sollte es ab 2050 in Betrieb gehen. Auch dieses Datum dürfte damit nicht zu halten sein. Entsprechend steht eine längere Nutzung der Zwischenlager wie in Lubmin im Raum.

Die erste Aufbewahrungsgenehmigung für einen Castor in Lubmin endet laut Radloff im Jahr 2036. Für einen längeren Lagerzeitraum müssten neue Nachweise etwa über das Verhalten der Werkstoffe erbracht werden. Hierzu liefen die Forschungsarbeiten.

Am 13. November 1997 - also vor 25 Jahren - bestätigte der Landkreis die Fertigstellung des Lagergebäudes nahe dem ehemaligen Kernkraftwerk Greifswald. Die Einlagerung des ersten Castors erfolgte Ende 1999. Laut Bundesamt für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE) gilt die Genehmigung für das Zwischen-

lager Nord (ZLN) bis 2039. Auch wegen neuer Sicherheitsstandards soll frühestens 2027 ein neu zu bauendes Zwischenlager für die 74 Castoren des ZLN in unmittelbarer Nachbarschaft betriebsbereit sein.

Auch mit Blick auf die erwartbar längere Zeit der Zwischenlagerung fordern Kritiker für den Neubau eine sogenannte heiße Zelle, in der unter entsprechendem Schutz gegebenenfalls defekte Castor-Behälter geöffnet werden könnten.

Radloff erklärte dazu, eine solche Einrichtung sei nur dann erforderlich, wenn ein Öffnen des Primärdeckels möglich sein müsste. «Das zugrundeliegende Regelwerk sieht dieses Szenario nicht vor. Eine heiße Zelle bereits heute zu errichten, wäre mit sehr vielen Risiken behaftet, weil wir die heiße Zelle innerhalb der beantragten Lagerzeit auf keinen Fall benötigen.» Es sei fraglich, ob eine heute eingerichtete heiße Zelle den zukünftigen Anforderungen an die Zwischenlagerung entspreche.

Dennoch habe man die Option der Nachrüstung für den Fall mitgedacht, dass sich das zugrundeliegende Regelwerk entsprechend ändere. Ob eine entsprechende Einrichtung notwendig werde, hinge auch von Festlegungen zur verlängerten Zwischenlagerung ab, die derzeit im Auftrag des Bundesumweltministeriums erarbeitet würden.



Mitarbeiter arbeiten im Lager auf dem Gelände des "Entsorgungswerk für Nuklearanlagen" Lubmin.

Ministerium: Suche nach Atommüll-Endlager dauert länger als bis 2031

Die Suche nach einem Endlager für den in Deutschland verursachten hochradioaktiven Müll gestaltet sich seit Jahren schwierig. Nun verzögert sich das Vorhaben weiter.

Berlin. Die Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll wird sich nach Angaben des Bundesumweltministeriums über das angestrebte Datum 2031 hinaus verzögern. Wie das Ministerium am Donnerstag auf dpa-Anfrage erklärte, kann das Verfahren „unter Berücksichtigung der hohen Anforderungen an die Auswahl des Standortes mit der bestmöglichen Sicherheit nicht bis zum Jahr 2031 abgeschlossen werden“.

Bislang wollte Deutschland bis dahin den Standort für die Entsorgung seiner hochradioaktiven Abfälle festgelegt haben. Die „Ostsee-Zeitung“ hatte bereits vor einigen Tagen unter Berufung auf das Bundesamt für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE) über Verzögerungen im Zeitplan berichtet.

In seiner Bestätigung des nun nicht mehr zu haltenden Datums stützt sich das Ministerium von Steffi Lemke (Grüne) auf ein Papier der mit der Endlagersuche betrauten Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE).

In diesem Papier würden „erstmalig unter Berücksichtigung von Terminrisiken und Beschleunigungspotenzialen Zeitkorridore für sämtliche Phasen des Standortauswahlverfahrens dargestellt“, hieß es. Dem

Grundsatz der bestmöglichen Sicherheit hätten sich auch Zeitvorgaben unterzuordnen, schlussfolgert das Umweltministerium.

Die Suche nach einem Endlager für den in Deutschland verursachten hochradioaktiven Müll gestaltet sich seit Jahren schwierig. Trotz zäher Verfahren sollte bis 2031 ein Standort feststehen. Ab 2050 sollte das Endlager in Betrieb genommen werden. Im sogenannten Standortauswahlgesetz ist dazu explizit festgehalten: „Die Festlegung des Standortes wird für das Jahr 2031 angestrebt.“

Zur Verzögerung teilte das BASE, das in Deutschland die Endlager-Suche beaufsichtigt, am Donnerstag auf dpa-Anfrage mit: „Der mit der Suche beauftragte Vorhabensträger – die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH – hat dem BASE als Aufsicht über das Auswahlverfahren bislang keinen Plan vorgelegt, wie er innerhalb der verbleibenden neun Jahre das in der Tat umfangreiche Verfahren durchführen kann.“

Das Bundesumweltministerium erklärte, dass es nun mit der für die Standortsuche verantwortlichen Gesellschaft und dem BASE Gespräche über den weiteren Ablauf und die Schlussfolgerungen aus dem überholten Zeitplan ziehen werde.

AUSKUNFT VOM UMWELTMINISTERIUM**Suche nach Endlager für Atommüll dauert länger als geplant**

Laut Gesetz sollte eigentlich bis 2031 ein Endlager für hoch radioaktiven Müll gefunden werden. Diese Frist ist nach einem Bericht der Bundesgesellschaft für Endlagersuche wohl nicht einzuhalten.

Die Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll kann nach Angaben des Bundesumweltministeriums nicht wie angestrebt bis 2031 abgeschlossen werden. Das Verfahren könne »unter Berücksichtigung der hohen Anforderungen an die Auswahl des Standortes mit der bestmöglichen Sicherheit« nicht bis zum geplanten Datum beendet werden, ließ das Ministerium dazu auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur verlauten. Zuvor hatte bereits die »Ostsee-Zeitung« über mögliche Verzögerungen berichtet.

In seiner Einschätzung stützt sich das Ministerium von Grünenpolitikerin Steffi Lemke auf ein Papier der mit der Endlagersuche betrauten Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE). In diesem Dokument würden »erstmalig unter Berücksichtigung von Terminrisiken und Beschleunigungspotenzialen Zeitkorridore für sämtliche Phasen des Standortauswahlverfahrens dargestellt«, hieß es. Dem Grundsatz der bestmöglichen Sicherheit hätten sich auch Zeitvorgaben unter-

zuordnen, schlussfolgerte daraus das Umweltministerium.

Zur Verzögerung erklärte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), das die Suche nach einer geeigneten Lagerstätte beaufsichtigt, die BGE habe »bislang keinen Plan vorgelegt, wie innerhalb der verbleibenden neun Jahre das in der Tat umfangreiche Verfahren« durchgeführt werden solle. Nach Angaben des Umweltministeriums soll es nun Gespräche mit BGE und BASE über den weiteren Ablauf der Suche nach einem Endlager geben.

Bundesweit gibt es derzeit 16 Zwischenlagerstandorte für radioaktiven Müll. Die Suche nach einem Endlager für in Deutschland verursachte, hoch radioaktive Abfälle gestaltet sich jedoch seit Jahren schwierig. Trotz zäher Verfahren sollte bis 2031 ein Standort feststehen. Diese Frist ist auch im sogenannten Standortauswahlgesetz festgehalten. Ab 2050 sollte das Endlager ursprünglich dann in Betrieb genommen werden.

EWN forscht zu längerer Atommüll-Lagerung

Lubmin (dpa/mv) - Der Betreiber des Zwischenlagers für radioaktiven Abfall in Lubmin befasst sich mit einer möglichen verlängerten Zwischenlagerung. Man stelle sich offen der Diskussion und beteilige sich auch an entsprechender Forschung, teilte Kurt Radloff mit, Sprecher der Entsorgungswerke für Nuklearanlagen GmbH (**EWN**). "Entsprechende Forschungsarbeiten laufen bereits, die Ergebnisse liegen aber noch nicht valide vor."

Am Donnerstag bestätigte das Bundesumweltministerium, dass sich die Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven deutschen Atommüll über das angestrebte Datum 2031 hinaus verzögern wird. Ursprünglich sollte es ab 2050 in Betrieb gehen. Auch dieses Datum dürfte damit nicht zu halten sein. Entsprechend steht eine längere Nutzung der Zwischenlager wie in Lubmin im Raum.

Die erste Aufbewahrungsgenehmigung für einen Castor in Lubmin endet laut Radloff im Jahr 2036. Für einen längeren Lagerzeitraum müssten neue Nachweise etwa über das Verhalten der Werkstoffe erbracht werden. Hierzu liefen die Forschungsarbeiten.

Am 13. November 1997 - also vor 25 Jahren - bestätigte der Landkreis die Fertigstellung des Lagergebäudes nahe dem ehemaligen Kernkraftwerk Greifswald. Die Einlagerung des ersten Castors erfolgte Ende 1999. Laut Bundesamt für die Sicherheit nuklearer Entsor-

gung (BASE) gilt die Genehmigung für das Zwischenlager Nord (ZLN) bis 2039. Auch wegen neuer Sicherheitsstandards soll frühestens 2027 ein neu zu bauendes Zwischenlager für die 74 Castoren des ZLN in unmittelbarer Nachbarschaft betriebsbereit sein.

Auch mit Blick auf die erwartbar längere Zeit der Zwischenlagerung fordern Kritiker für den Neubau eine sogenannte heiße Zelle, in der unter entsprechendem Schutz gegebenenfalls defekte Castor-Behälter geöffnet werden könnten.

Radloff erklärte dazu, eine solche Einrichtung sei nur dann erforderlich, wenn ein Öffnen des Primärdeckels möglich sein müsste. "Das zugrundeliegende Regelwerk sieht dieses Szenario nicht vor. Eine heiße Zelle bereits heute zu errichten, wäre mit sehr vielen Risiken behaftet, weil wir die heiße Zelle innerhalb der beantragten Lagerzeit auf keinen Fall benötigen." Es sei fraglich, ob eine heute eingerichtete heiße Zelle den zukünftigen Anforderungen an die Zwischenlagerung entspreche.

Dennoch habe man die Option der Nachrüstung für den Fall mitgedacht, dass sich das zugrundeliegende Regelwerk entsprechend ändere. Ob eine entsprechende Einrichtung notwendig werde, hänge auch von Festlegungen zur verlängerten Zwischenlagerung ab, die derzeit im Auftrag des Bundesumweltministeriums erarbeitet würden.



Mitarbeiter arbeiten im Lager auf dem Gelände des "Entsorgungswerk für Nuklearanlagen" Lubmin.

ZEITPLAN BIS 2031 NICHT HALTBAR

Suche nach Atommüll-Endlager dauert länger

Schon in den vergangenen Wochen hatte sich abgezeichnet, dass der Zeitplan ins Wanken geraten könnte. Nun hat das Umweltministerium bestätigt: Die Suche nach einem Atommüll-Endlager wird länger als bis 2031 dauern.

Bis 2031 wird in Deutschland kein Endlager für hochradioaktiven Atommüll gefunden werden. Das geht aus einem Dokument der für die Suche beauftragten Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) hervor, teilte das Umweltministerium mit. Auf dpa-Anfrage erklärte das Ministerium, dass das Verfahren "unter Berücksichtigung der hohen Anforderungen an die Auswahl des Standortes mit der bestmöglichen Sicherheit nicht bis zum Jahr 2031 abgeschlossen werden" kann. Bislang wollte Deutschland bis dahin den Standort für die Entsorgung seiner hochradioaktiven Abfälle festgelegt haben.

"Dem Grundsatz der bestmöglichen Sicherheit haben sich auch Zeitvorgaben unterzuordnen, gleichzeitig darf das Ziel nicht aus dem Blick geraten", erklärte ein Ministeriumssprecher.

Suche nach einem Endlager für eine Millionen Jahre


Die Verzögerung ergibt sich aus einem Diskussionspapier der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE). Es war auf Bitte des Umweltressorts verfasst worden. Trotz zäher Verfahren sollte bis 2031 ein Standort feststehen. Ab 2050 sollte das Endlager in Betrieb genommen werden. Im sogenannten Standort-

auswahlgesetz ist dazu explizit festgehalten: "Die Festlegung des Standortes wird für das Jahr 2031 angestrebt."

"Das Standortauswahlverfahren hat das Ziel, den Standort für ein Endlager zu finden, der die beste Sicherheit über einen Zeitraum von einer Millionen Jahre bietet", bekräftigte der Ministeriumssprecher eine weitere Vorgabe des Gesetzes. "Dies ist ein hoher Anspruch und eine herausfordernde Aufgabe." Er wies auch darauf hin, dass im Standortauswahlgesetz zwar das Jahr 2031 als Zielmarke aus den Ergebnissen der Endlagerkommission übernommen worden sei. Es sei aber bereits damals klar gewesen, dass die tatsächlichen Zeitbedarfe schwer abschätzbar seien.

Das Umweltministerium kündigte an, es werde auf Basis des Diskussionspapiers nun Gespräche mit der BGE und dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) führen. Daraus würden sich dann zu ziehende Schlussfolgerungen ergeben. Das BASE ist für die Aufsicht über das Auswahlverfahren zuständig, die BGE für dessen Umsetzung.

Die Suche nach einem Endlager für den in Deutschland verursachten hochradioaktiven Müll gestaltet sich seit Jahren schwierig.

 SPIEGEL+ | 10.11.2022

 Serafin Reiber

 WEBLINK

AKW-STREIT

Erster Grünen-Abgeordneter lehnt Atomgesetz-Änderung ab

Per Brief hat der Kanzler Ende Oktober in der Atomfrage ein Machtwort gesprochen: Alle drei AKW bleiben bis April am Netz. Jetzt soll das Machtwort Gesetz werden. Doch in der grünen Fraktion gibt es Widerstand.

Der Streit um den Weiterbetrieb der drei verbliebenen deutschen Atomkraftwerke geht in die letzte Runde. An diesem Freitag stimmt der Bundestag namentlich über eine Änderung des Atomgesetzes ab.

Die Bundesregierung will die drei Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim bis zum 15. April 2022 weiterlaufen lassen – mit den Brennelementen, die noch übrig bleiben. Neue Brennelemente sollen nicht gekauft werden.

»Es gibt für mich keinen Grund und sehe keine Notwendigkeit, dem zuzustimmen.«

Eine Mehrheit in der Grünen-Fraktion ist offenbar bereit, diesem Durchgreifen des Kanzlers zähneknirschend zuzustimmen. Aber es zeichnet sich auch Widerstand ab: »Es gibt für mich keinen Grund und ich sehe keine Notwendigkeit, dem zuzustimmen«, sagt der Abgeordnete Julian Pahlke dem SPIEGEL.

Nach seiner Ansicht würde der Strom durch den Weiterbetrieb nicht günstiger, die Versorgungssicherheit nicht garantiert, »stattdessen müssen Windkraftwerke an der Nordsee dafür abgestellt werden«, so Pahlke. Nach SPIEGEL-Informationen teilen rund ein Dutzend grüne Abgeordnete diese Ansicht und sind fest entschlossen, am Freitagvormittag mit Nein abzustimmen.

Die Entscheidung begründet Pahlke mit seiner Verbundenheit mit der Region Emsland. Er könne dies

nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, eine Zustimmung vor Ort nicht vertreten. »Dieses marode Kraftwerk liegt in meiner Region. Der Bundeskanzler hat seine Richtlinienkompetenz gezogen. Diese ist für die Mitglieder der Bundesregierung bindend, nicht aber für die Mitglieder des Bundestages.«

Parteitagsbeschluss folgenlos

Dem Nein von Pahlke und seinen Mitstreitern ging ein langes Hin und Her in der Partei voraus. Grünen-Wirtschaftsminister Robert Habeck schien dem befristeten Weiterbetrieb, dem sogenannten Streckbetrieb der drei Atomkraftwerke gegenüber von Beginn an offen. Annalena Baerbock und die Fraktions Spitze hielten aber dagegen, ebenso Jürgen Trittin.

Der Urvater des Atomausstiegs drohte mit einem Aufstand der Basis auf dem Parteitag. Habeck musste beidrehen und präsentierte den Plan, zwei Kraftwerke als Reserve zu behalten. Das dritte Kraftwerk im Emsland sollte auf jeden Fall abgeschaltet werden – in Niedersachsen, wo im Oktober Wahlen stattfanden.

Auf ihrem Parteitag in Bonn zementierten die Grünen daraufhin ihre Position: keine neuen Brennelemente, keine Laufzeitverlängerung, nur Isar 2 und Neckarwestheim sollten bis April am Netz bleiben. Diese Position hielt nicht lange. Zwei Tage später teilte Kanzler Scholz per Brief an mehrere Minister mit, dass alle drei Kraftwerke am Netz bleiben.

Der Ärger bei den Grünen darüber ist noch nicht ganz verschmerzt. Doch abgesehen von wenigen Abweichern dürfte die Abstimmung am Freitag eindeutig sein.

Schweden: Uniper wird keine neuen Atomkraftwerke bauen

Der schwedische Energiekonzern Uniper schließt künftige Investitionen in Kernenergie aus. Das Unternehmen werde keine weiteren Atomkraftwerke bauen, so ein Sprecher.

Stockholm. Der Energiekonzern Uniper wird keine neuen Atomkraftwerke in Schweden bauen. „Ich kann nur sagen: Für Uniper schließen wir das aus. Wir werden nicht in Kernenergie investieren“, sagte Uniper-Sprecher Georg Oppermann in einem am Donnerstag veröffentlichten Beitrag des schwedischen Radios. Dies gelte direkt wie indirekt via Tochterunternehmen. „Tatsache ist, dass Uniper keine Pläne verfolgt, neue Kernkraftwerke zu bauen - weder in Schweden noch sonst wo.“

Åsa Carlson, die Chefin eines schwedischen Uniper-Tochterunternehmens namens Barsebäck Kraft, hatte jüngst beim Rundfunksender SVT die Hoffnung auf einen neuen Energiepark nahe Barsebäck in Südschweden

geäußert, in dem in der ersten Hälfte der 2030er Jahre auch ein neues Atomkraftwerk eingeweiht werden könnte. Diese Aussage gründe auf einem Missverständnis, sagte Oppermann.

Teilhhaber drei schwedischen Atomkraftwerke

Uniper ist der Nachrichtenagentur TT zufolge Teilhaber aller drei schwedischen Atomkraftwerke Oskarshamn, Ringhals und Forsmark. Auch das im Rückbau befindliche AKW Barsebäck besitzt der Konzern über eine Tochtergesellschaft demnach. Dieses Kraftwerk befindet sich in der Nähe von Malmö und in Sichtweite der dänischen Hauptstadt Kopenhagen auf der anderen Wasserseite des Öresunds.

Digitales Jobportal: Firmen können Ex-Nordwestmecklenburger zurück in die Heimat locken

Viele Firmen in Nordwestmecklenburg suchen Verstärkung beim Personal. Um ehemalige Nordwestmecklenburger zurück in die Heimat locken, gibt es sechs Wochen lang eine digitale Jobbörse mit mehr als 200 offenen Stellen in Voll- und Teilzeit – so findet man die Angebote.

Wismar. Der Fachkräftemangel bleibt für Unternehmen aus Nordwestmecklenburg eines der zentralen Themen. Firmen aus nahezu allen Branchen benötigen Personal in den unterschiedlichsten Segmenten – ob als Helfer oder Facharbeiter bis hin zum Akademiker. Wie in den Vorjahren wird auch dieses Jahr die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) des Kreises mit dem Welcome Service Center (WSC) mit ihrem nunmehr bereits 5. Rückkehrertag am Jahresende und Beginn des neuen Jahres die heimische Wirtschaft bei der Suche nach geeigneten Mitarbeitern unterstützen.

Firmen können Angebote kostenlos aufs Portal stellen

Angeboten wird die Jobbörse wieder als Online-Variante. „Aufgrund der wieder ansteigenden Corona-Infektionen sowie einer möglichen Energieknappheit und gegebenenfalls Blackouts zur Winterzeit, kann der Rückkehrertag auch in diesem Jahr nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden“, erklärt Martin Kopp, Geschäftsführer der WFG Nordwestmecklenburg, die das WSC betreibt. „Der zusätzliche Nutzen ist jedoch, dass die Angebote dann online und damit ortsunabhängig für mehr als sechs Wochen verfügbar sind“, stellt Kopp die Vorteile heraus.

30 neue Jobs im Wismarer Seehafen durch USA-Holzgeschäft

Die digitale Alternative bietet das WSC ab dem 19. Dezember bis zum 31. Januar auf der eigens dafür eingerichteten Internetseite www.ichwillindieheimat.de

an. Die Einstellung der Stellenanzeigen auf das Jobportal ist für Unternehmen kostenlos und bis zum 4. Dezember unter der E-Mail e.gutsch@nordwestmecklenburg.de möglich. „Wir erwarten wieder mehr als 200 offene Stellen von Firmen aller Branchen und hoffen, unsere ehemaligen Mecklenburgerinnen und Mecklenburger auch in diesem Jahr auf diese Weise zu einer Rückkehr nach Nordwestmecklenburg zu bewegen“, so WSC-Leiterin Bunkelmann. Angesprochen werden weggezogene Fachkräfte, Pendler, Interessierte aus ganz Deutschland oder auch aus dem Ausland. Aber auch Jobsuchende aus Nordwestmecklenburg sind herzlich eingeladen, das Jobportal über die Feiertage bis Ende Januar zu nutzen, um sich über offene Stellen aus der Region zu informieren.

Jobportal wird überall beworben

Gerade für Mecklenburg-Vorpommern gilt es zu zeigen, dass hier im bundesweiten Vergleich gut gearbeitet und gelebt werden kann. Deshalb stellen die Organisatoren nur Angebote mit einem Minimum von 30 000 Euro Jahreseinkommen ein, in unbefristeter Voll- oder Teilzeitanstellung sowie Azubistellen aus der Region. Damit gibt es gute Chancen, eingearbeitetes Fachpersonal und Nachwuchskräfte zu gewinnen. Das Gerüst steht – nun sind die Unternehmerinnen und Unternehmer gefragt, die Rückkehrer mit tollen Angeboten zurück in ihre Heimat zu locken. Das Jobportal wird zudem über verschiedenste Kanäle, wie zum Beispiel Rundfunk, Print und Social Media beworben.